

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, frühere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Sonntag, den 2 Juni 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Vom Wert des Parlamentarismus.

In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ schreibt darüber Genosse Eduard Bernstein:

In drei auf einander folgenden Nachwahlen zum Reichstage hat die deutsche Sozialdemokratie drei Mandate, die sie am 16. Juni 1903 erkämpft hatte, wieder verloren. In allen drei Fällen liegen Umstände vor, die es den Gegnern in den betreffenden Wahlkreisen verbieten, von ihrem Siege über die Sozialdemokratie groß Aufhebens zu machen. Im Wahlkreis Bismarck-Marienthorp war es ein Konflikt innerhalb der Sozialdemokratie, der die Aktionskraft dieser lähmte und so den Gegnern eine unverdiente Unterstützung lieferte. Außerdem — und dies trifft auch für die zwei anderen Kreise zu — kam den Gegnern der Umstand zu gute, daß die Wahlen auf Grund der Wahllisten des Vorjahres vorgenommen wurden, was für die Sozialdemokratie, deren Wählerschaft sich fast ausschließlich aus der Arbeiterschaft rekrutiert, stets den Verlust eines gewissen Prozentsatzes von Stimmen zur Folge hat. Mittlerweile verzogene Arbeiter können ihr Wahlrecht nicht ausüben, die neu hinzugezogenen Arbeiter haben im Wahlkreis noch kein Wahlrecht, weil sie noch nicht in die Listen eingetragen sind. Weiläufig ein Umstand, der mit dem Geist der Wahlbestimmung, wie diese in der Reichsverfassung niedergelegt ist, im Widerspruch steht. Innerhalb des Reiches anerkennt die Reichsverfassung für Reichsangelegenheiten keinen Unterschied von Orts- oder Landeszugehörigkeit; der Reichstagswähler wählt als Reichsbürger. Nicht, wie lange er sich an einem Ort innerhalb des Reiches aufgehalten hat, sondern ob er überhaupt Angehöriger eines Bundesstaats ist, bestimmt die Eigenschaft des Reichstagswählers. Von Rechts wegen müßte demgemäß, nachdem sich herausgestellt, welcher großer Prozentsatz von Wählern im Verlaufe eines Jahres ihren Wohnort verlegen, der Absatz 3 des § 8 des Wahlgesetzes, wonach für Nachwahlen, welche innerhalb eines Jahres nach Vornahme der Hauptwahl stattfinden, die Anfertigung neuer Wählerlisten nicht erforderlich ist, eine Abänderung in dem Sinne erfahren, daß die Gültigkeit der Listen nicht über höchstens ein Vierteljahr beziehungsweise den nächsten Umzugstermin hinaus sich erstrecken darf. Aber es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß die gegenwärtige Reichstagsmehrheit oder gar die verbündeten Regierungen zu einer Revision des Wahlgesetzes in diesem Sinne die Hand bieten würden. Jedermann weiß vielmehr, daß in den Kreisen der offenen oder versteckten Feinde des gegenwärtigen Reichstagswahlrechts unter anderem gerade die Vorwürfe einer längeren Wohndauer für die Erlangung der Wählerqualität als eines der Mittel betrachtet wird, das Reichstagswahlrecht nominell als allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht bestehen zu lassen und es doch faktisch zu beschränken. Die Erfahrungen dieser drei Nachwahlen werden den Appetit dazu eher verstärkt als abgeschwächt haben.

Soweit der Verlust der drei Wahlkreise Bismarck-Marienthorp, Sachsen-Altenburg und Frankfurt a. M. auf die Rechnung solcher Verschiebungen in der Wählerschaft zu setzen ist, liegt für die Sozialdemokratie kein Grund vor, dieser Niederlagen sich zu schämen. Denn sie beleuchten ja nur ein Wahlrecht, setzen die Entziehung einer großen Anzahl von Wählern in ein helleres Licht. Die Frage ist aber, ob der Stimmenverlust, den die Sozialdemokratie in den genannten Wahlkreisen zu verzeichnen hat, mit dem Hinweis auf den Verzug eines Teiles ihrer Wähler aus diesen Wahlkreisen erschöpfend begründet ist. Soweit das nicht der Fall ist, soweit die Verluste etwa von einer positiven Abgabe sozialdemokratischer Stimmen an die Gegner zeugen oder auch nur einen Nachlaß in der Werbekraft der Partei darbieten lassen, hat die Sozialdemokratie sicher allen Grund, die Sache ernst zu nehmen und ihre Ursachen sine ira (ohne Born), aber maximo cum studio (mit größtem Eifer) zu erörtern.

Das soll jedoch in diesem Artikel nicht geschehen. Sein Zweck ist vielmehr, einer Neußerung entgegenzutreten, die ein vielgelesenes Parteivorgan bei Besprechung einer dieser Wahlen zum besten gegeben hat und die uns gerade bei diesem Anlaß ganz und gar nicht am Platze zu sein scheint.

Es war die „Zeitlicher Volkszeitung“, die sich und ihre Leser über die in ihrem näheren Umkreis erlittene Niederlage mit der Bemerkung hinwegzusetzen suchte, die Sozialdemokratie brauche die Niederlage nicht zu trauern zu nehmen, denn im letzten Grunde sei ihr Kampf kein parlamentarischer und werde auch nicht in den Parlamenten entschieden. Ihre Kraft liege außerhalb der Parlamente.

Daß darin ein großes Stück Wahrheit steckt, brauchen wir an dieser Stelle kaum erst zu bemerken. Sind es doch gerade wir, die dem außerparlamentarischen Wert der Arbeiterschaft die größte Bedeutung beimessen, gerade wir, die den Gedanken vertreten, daß die Arbeiterschaft nicht alles von der Gesetzgebung oder der staatlichen Verwaltung er-

warten soll, sondern einen guten Teil ihres Befreiungswerks durch das Mittel organisierter Selbsthilfe in Gewerkschaften, Genossenschaften selbstständig zu betreiben, daß die Arbeiterklasse selbst einen Teil der Organe in's Leben zu rufen und auszubauen hat, ohne deren Vorhandensein in einer erheblichen Stärke und auf Erfahrungen beruhenden Verwaltungskraft die Eroberung der politischen Macht nur die Illusion eines Tages sein könnte, der ein schmerzliches Erwachen als unausbleibliche Folge nicht erspart bliebe. Auch kann oder soll darüber kein Streit unter Sozialisten bestehen, daß das moderne Wirtschaftsleben, ob seine Verteidiger es wollen oder nicht, durch seine eigene Entwicklung dazu getrieben wird, immer mehr persönliche und sachliche Vorbedingungen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft — alias soziale Revolution — zu schaffen, so daß zwar die sozialdemokratische Partei zeitweilig bestiegt, die sozialistische Bewegung aber nun und nimmer auf die Dauer ausgerottet werden kann.

Aber alles zu seiner Zeit und mit Maß und Ziel. Wenn der Parlamentarismus für die Sozialdemokratie nicht alles ist, so ist er doch genug für sie, ihre parlamentarische Position nicht auf die leichte Achsel zu nehmen und sich über wichtige Selbstprüfungen mit der Redensart hinwegzusetzen, wir könnten auch so. Wir könnten nicht nur, wir sollen sogar auch so, aber soweit es an uns liegt, als Ergänzung, nicht als Ersatz. Es handelt sich nicht um eine Alternative, um die Wahl zwischen zwei Wegen, von denen jeder in seiner Art zum Ziel führt, sondern es handelt sich um zwei Kräfte, deren Zusammenwirken erforderlich ist, die in wechselseitiger Beeinflussung erst dazu gelangen, sich in ihrer vollen Leistungsfähigkeit geltend zu machen. Diese Erkenntnis hat sich der Sozialdemokratie in langen Kämpfen an der Hand der Erfahrung aufgebrängt, sie ist, wie dies in der soeben erwähnten Schrift Paul Kampffmeyers „Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie“ anschaulich illustriert wird, nicht eine aus theoretischer Ableitung vorhergefaßte, sozusagen empfangene, sondern eine in der Schule der Praxis erworbene Einsicht. Wir wissen, daß es hier nicht entweder — oder heißen kann, sondern, daß eine gesunde Entwicklung nur dann verbürgt ist, wenn sie unter dem Motto *so wohl — als auch vor sich geht*. Nur unter letzterer Bedingung wird die Frage des Wie und Wann, das heißt die Frage nach der Art und der Zeit der Verwirklichung der sozialistischen Bestrebungen die bestmögliche Lösung finden. Es ist aber ganz sicher unsere Aufgabe, in dieser Hinsicht das Bestmögliche zu erstreben.

Es genügt nicht, daß wir die theoretische Sicherheit sozusagen in der Tasche mit uns herumtragen, daß es etwas, was wir erstreben, unter allen Umständen auch seine Verwirklichung finden werde. Solche theoretischen Versicherungen sind zunächst keine absoluten Gewissheiten. Die Geschichte hat schon durch manche scheinbar unumstößlich begründete theoretische Versicherung einen recht biden Strich gemacht und andere nur nach langer Zeit und mit vielen Abänderungen und Einschränkungen honoriert. Es kann und darf aber das Moment der Zeit und Art niemals von uns als nebensächlich behandelt werden. Gerade für den, der das schließliche Eintreten einer Sache für gewährleistet hält, löst sich die ihm zufallende Aufgabe darin auf, den Zeitpunkt des Eintretens zu beschleunigen und die Art der Verwirklichung so günstig als möglich zu gestalten.

Wir haben daher gar nicht das Recht, den Parlamentarismus und seine Möglichkeiten geringer einzuschätzen, als sie sind. Es mag heutzutage, wo sich auf allen Seiten die Gegner rufen, der Sozialdemokratie das parlamentarische Wanken abzuschneiden oder einzuzwingen, dem einen oder andern unter uns vielleicht als Gebot politischer Klugheit erscheinen, in bezug auf den Parlamentarismus eine gewisse Indifferenz zur Schau zu tragen und um so mehr die außerparlamentarischen Momente, die für den Sozialismus wirken, zu betonen. Aber dieser Auffassung gegenüber gelten die Sätze, die Lassalle im „Sittungen“ dem Balthasar in den Mund legt:

Der Feind allein, wie sehr du dich verstellst,  
Hat bald dich raus — ist deine beste Schätzung . . .  
Es wertet dich sein Haß gerechter, als  
Die große Meng', oft, als der Freund dich wertet."

Die Fettsche der Sozialdemokratie, die geschworenen Gegner der Arbeiteremanzipation, die wissen heute nur zu gut, welchen Wert der Parlamentarismus für die Arbeiterklasse haben kann, welche Kraft in ihm ruht, welche Möglichkeiten er darbietet. Nicht nur, daß sie ihn lange genug — und der Himmel weiß, wie ausgiebig — selbst für sich ausgenutzt haben, sie haben auch zur Genüge erfahren, daß es der Arbeiterpartei gegebenenfalls nicht an der Fähigkeit fehlt, von dieser Waffe ausgiebigen Gebrauch zu machen. Und so weit sie das nicht erfahren haben, kann man wieder mit Lassalle sagen:

Macht'ge Naturen schätzt der Feind voraus,  
Lang, eh' der Freund in Hoffnung ihnen naht."

Die Gegner, die Verteidiger aller hinsichtlich gewordenen Privilegien, wissen heute sehr wohl, was es für sie und für

die Vorkämpfer des Neuen bedeutet, wer von ihnen die parlamentarischen Positionen inne hat — eben weil es ja vornehmlich das Zeitmoment ist, das bei den politischen Kämpfen der Gegenwart eine so große Rolle spielt. Bremsen, Hinhalten, hinausschieben — was liegt nicht alles in diesen Worten! Jede Terminverlängerung ihrer Macht bedeutet für die Vertreter des Alten eine neue Möglichkeit, Schwierigkeiten auszuheden, der Entwicklung Steine in den Weg zu werfen, Rechte und Interessen zu schaffen, die gegen den Vordrang des Neuen ausgespielt werden können. Wer aber die Möglichkeiten und den Wert des Parlamentarismus noch immer nicht voll erfaßt hat, das sind die Massen, das ist die große Mehrheit der Arbeiterklasse. Und das ist nur naturgemäß. Denn für sie ist der Parlamentarismus in der Hauptsache noch etwas Abstraktes, Metaphysisches, etwas, das noch nicht in ihnen lebt. Denn er soll ja erst der Träger und Ausdruck ihrer Interessen werden.

Die große Masse der Arbeiterschaft hat die Bedeutung der parlamentarischen Vertretung nur erst zur Hälfte erfaßt. Sie macht wohl, wenn sie zur Wahl gerufen wird, von ihrem Stimmrecht Gebrauch, sie wird auch, wo sie zwischen bürgerlichen Kandidaten und Sozialisten zu wählen hat, ohne großen Zuredens zu bedürfen, den letzteren vorzuziehen, aber im ganzen ist ihr die Stimmabgabe noch immer mehr eine Demonstration, eine Manifestation ihres Zuhaltens, als eine Mandatsübertragung im dem Sinne, daß sie einer Teilnahme an der Regierung durch das Mittel des Mandatars gleichkommt. Das aber soll sie nach der Natur des Parlamentarismus sein, und das ist sie in dem Maße oder wird sie in dem Maße sein, als der Parlamentarismus in der Wählerschaft wirklich lebt. Und wo sie in diesem Sinne vom Wähler empfunden wird, wo sie nicht als Ausübung eines abstrakten Rechtes, sondern als bewußte und bestimmte Willensübertragung von ihm vollzogen wird, da wird die Stimmabgabe für ihn auch ein Bedürfnis sein, wird er darauf bestehen, wird er das Wahlrecht nicht im Sinne einer Erlaubnis, zu wählen, sondern als eine erworbene und wichtige Gerechtsame auffassen, ausüben und je nachdem auch verteidigen.

Zu dieser Auffassung gilt es die Wähler zu erziehen — heute mehr, als zu irgend einer früheren Zeit. Das geschieht aber sicherlich nicht, wenn man, weil ein paar Wahlen ungünstig ausgegangen sind, sofort nach dem Vorbild Meister Reines die Trauben für säuerlich erklärt. Nein, die Trauben sind nicht säuerlich, sie sind genießbar und müssen erlangt werden, weil das Volk der Traubenkultur, d. h. des Parlamentarismus, bedarf.

Der Parlamentarismus ist kein vollkommenes Institut und nicht das letzte Wort der staatlichen Entwicklung. Er ist auch nicht die einzige bestimmende Kraft dieser Entwicklung, sondern nur eine unter einer Vielzahl von Kräften, die ihren Weg bestimmen. Aber er ist eine wichtige Kraft, ein wesentliches Organ, ein machtvoller Hebel dieser Entwicklung. Wie alle politischen Einrichtungen ist er dem korrumptierenden Einfluß der Routine ausgesetzt und verlernt, wenn man ihn aus zu großer Nähe betrachtet. Will man ihn richtig werten, so muß man ihn geschichtlich und dynamisch betrachten. Die Menschen bleiben sich schließlich überall gleich. Hans bleibt Hans, ob er in der Amtsstube sitzt oder hinter dem Schraubstock steht, ob er im Kontor arbeitet oder im Parlament an der Gesetzesfabrikation mitwirkt. Seine menschlichen Schwächen werden sich überall geltend machen. Herbert Spencer erzählt in seiner soeben erwähnten Autobiographie mit vieler Belustigung, wie entsetzt einige Leute einmal waren, als er, der Philosoph, ein Biand gab, wie erhaunt Mr. Carnegie war, als er Spencer bei einer Mahlzeit auf einem atlantischen Dampfer dem Keller zuzurufen hörte: „Kellner, ich habe nicht Gesehre Käse, sondern Cheddar Käse bestellt.“ und wie ein Franzose seinen Augen nicht trauen wollte, als er ihn, Spencer, Billard spielen sah. Die Beschäftigung mit der Philosophie macht aus dem Denker noch keine fleisch- und blutlose Abstraktion, und das Parlamentarismmandat macht den mit ihm Begleiteten noch nicht zum Uebermenschen, wemgleich eine gewisse erzieherische Wirkung der parlamentarischen Tätigkeit nicht bestritten werden kann noch soll. Der muß schon unheilbar stumpfsinnig sein, der nicht durch die Teilnahme an den parlamentarischen Arbeiten, von denen die wichtigsten ja hinter den Kulissen, in Kommissionen, vor sich gehen, eine Erweiterung seines Horizonts erfährt. Auch hier macht das Wort den Mann, und es wäre sehr verfehlt, diese erzieherische Wirkung des Parlamentarismus auf die ihn Ausübenden ganz zu übersehen. Es kann schließlich keine gleichgültige Sache für eine politische Bewegung sein, ob sie eine Anzahl Leute in ihren Reihen hat oder nicht, denen das Budget, und was dazu gehört, kein Buch mit sieben Siegeln ist. Wer den Parlamentarismus nur von außen beurteilt, wird ihn entweder über- oder unterschätzen, und die Unsicherheit, die noch vielfach in der Sozialdemokratie zu finden ist, sobald es sich um die Bestimmung der grundsätzlichen Stellung zum Parlamentarismus handelt, ist denn auch Folge des Umstandes, daß die ersten sozialistischen Veröffentlichungen über ihn von Leuten her-rührten, die ihn nur von außen beurteilten und außerdem

der bürgerlichen Gesellschaft eine erheblich längere Dauer zuerkennen, als dieser tatsächlich inneohnt. Die so erstandene Doktrin lebt noch heute als Tradition fort und pfuscht in unser Denken hinein, obwohl die Praxis längst zu anderer Beurteilung geführt hat. Solange die großen, Millionen von Menschen umfassenden Gemeinwesen fortbauern, werden auch die Parlamente als unentbehrliche Organe der Gesetzgebung und der Kontrolle der Verwaltung fortbauern, nur insofern dem Wechsel unterworfen, als ihre Machtfülle der zentralen Vollziehungsinanz gegenüber zunehmen muß, während sie zugleich immer mehr Funktionen an die örtlichen oder spezifischen Selbstverwaltungskörper abgeben. Da es aber die Parlamente sind, die die Zusammensetzung und Verfassung dieser Körper bestimmen, so ist darin ein Grund mehr gegeben, warum die Arbeiterklasse darauf bestehen muß, nach Maßgabe ihrer zahlenmäßigen Stärke und kulturellen Kraft in den Parlamenten vertreten zu sein. Sie braucht nicht jede örtliche Niederlage tragisch zu nehmen, aber sie darf auch keine Niederlage leicht nehmen. Vor allem aber hat sie Wachsamkeit zu sein gegenüber allen Anschlägen wider das allgemeine Wahlrecht. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn in der Arbeiterklasse eine Auffassung platzgriffe, daß am Wahlrecht ja schließlich auch nicht allzuviel liege. Wie viel oder wie wenig am Wahlrecht liegt, es ist ein Recht der Arbeiterklasse, und eine Klasse, die vorwärts strebt, darf auch nicht ein Haarbreit von ihrem Recht sich nehmen oder freiwillig machen lassen, ohne sich mit der ganzen Energie dagegen aufzulehnen, deren sie fähig ist.

## Rußland und Japan.

Die Russen sind weiter auf Port Arthur zurückgewichen und haben Dalny Hals über Kopf geräumt, des dann sofort von den Japanern besetzt worden ist. General Oku meldete darüber nach Tokio, daß eine japanische Abteilung Dalny am 30. Mai besetzt habe. Neher 100 Geschäftshäuser, sowie die Kasernen und auch das Telegraphenamt und der Bahnhof wurden unbeschädigt angetroffen. Ueber 200 Eisenbahnwagen sind noch verwendbar, hingegen sind alle Eisenbahnbrücken in der Nachbarschaft zerstört. Die Docks und Molen sind alle unbeschädigt bis auf den großen Pier, der versenkt worden ist. Auch sind am Ansgang des Docks kleine Dampfboote versenkt worden. Doch sollen nach einer Renter-Meldung die Anlegebrücken nicht gelitten haben. Wie daselbe Bureau noch weiter aus Tokio berichtet, haben die Russen nach dort eingetroffenen Meldungen eines ihrer Kanonenboote, die sie während des Kampfes am Nauschan von Talienwan aus gegen die linke Flanke der Japaner benutzten, zerstört. Der Name des Schiffes ist unbekannt. Man nimmt an, daß es der „Dobr“ gewesen sein dürfte.

Der gemeinsame Land- und Seeangriff gegen Port Arthur seitens der Japaner wird voranschreitend demnachst seinen Anfang nehmen. Montag früh unternahm Admiral Togo eine sorgfältige Rekonnostrierung des Hafens von Port Arthur, über die aus Tokio folgendes berichtet wird: „Montag früh landete Admiral Togo vier Kanonenboote, zwei Torpedobootzerförer und zwei Torpedoboots nach Port Arthur, die dort unter dem heftigen Feuer der Strandbatterien eine sorgfältige Rekonnostrierung vornahmen. Sie stellten fest, daß die Russen auf einem der beiden neuen Forts am Santschan-Berge eine neue Scheinwerferstation eingerichtet haben. Das japanische Kanonenboot Nr. 3 wurde von einem feindlichen Geschöß getroffen, wobei ein Unteroffizier getötet, drei Mann verwundet und ein Geschöß beschädigt wurden; die übrigen Kanonenboote blieben unbeschädigt.“

Ja Nishijima ist nach Drahtungen englischer Blätter die Nachricht verbreitet, daß die Japaner auch den Motie-paß besetzt hätten. Wie ferner aus Nishijima gelobt wird, sind die Hauptarmeen bei Liaojang auf dem Marsch. Die Russen gehen auf direkten Beschluß des Zaren nach Süden. Karpatin beweise sich zunächst nach einem Punkte etwas südlich von Liaojang, während die Japaner ihn durch fortgesetzte Flankensbewegungen zu umgehen suchen. Man glaubt jedoch nicht, daß dieser Vormarsch mit der Lage bei Port Arthur in Zusammenhang stehe. Mehrere Kavallerie-Brigaden der Japaner sehen nach Westen in Verbindung mit den Russen. Aus Fongwangtsching werden Infanterie und Geschütze vorgehoben. Der gleichzeitige Abmarsch beider Armeen deutet auf eine bevorstehende Schlacht.

Nach Meldung aus Ruzden wütet unter den russischen Soldaten die Ruhr noch immer heftig fort. Die Erkrankten betragen bei einzelnen Regimentern 10 Proz.

Der Berliner Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ behauptet, er habe von vertrauenswürdigster Seite die Bestätigung erhalten, daß ein russisch-deutsches Abkommen unterzeichnet worden sei, dessen Bedingungen zufolge die energische Unterstützung Deutschlands gegen jeden Versuch Englands und der Vereinigten Staaten, die spanische Frage einem internationalen Kongreß zu unterbreiten, zu folgen.

## Politische Handlungen.

### Deutschland.

Einen neuen Pufarencritt gegen das Reichstagswahlrecht unternimmt im „Allgemein Tagblatt“ der aus der national-liberalen Fraktion hervorgegangene Landtagsabg. Mend. Jochen er sich gegen die ihm gesandten Beschlüsse vertheidigt. Jochen er u. a.: „Ich habe schon in meinen Sitzreden vom 25. April a. c. gesagt, daß die Bewegung gegen das allgemeine Wahlrecht aus dem Arbeitergelenke, nämlich aus dem Kräfte der Fabrikanten und der Handwerker, heraus mit dementsprechender Gewalt sich bewegen würde. Da der Zusammenschluß dieser beiden Kräfte als geschehen zu betrachten ist, so ist auch die Zeit gekommen, wo die Arbeitgeber der politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen das allgemeine Wahlrecht beginnen können und müssen. Die Arbeitgeber müssen den politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen, weil der Kampf sich nicht mehr auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränken läßt; die Macht

der Sozialdemokratie im Reichstage ist bereits so groß geworden, daß sie diese politische Macht für ihre Angriffe gegen die Arbeitgeber auf wirtschaftlichem Gebiete mitbenutzen kann und auch mit Erfolg benutzt. Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie mit ihren politischen Zielen wird vielfach nicht beachtet, und dennoch hängen beide unaussprechlich zusammen und machen gerade die Partei für das Allgemeinwohl so gefährlich.“ Herr Mend schließt ab dann die „Gemeingefährlichkeit“ der Sozialdemokratie, die darin liege, daß sie dem Kapitalismus ein Ende machen will, und fährt wörtlich fort: „Wollen die Arbeitgeber sich ihre Unabhängigkeit von sozialdemokratischen Geschäftsgeleuten bewahren, so müssen sie der Sozialdemokratie die gewonnene politische Macht wieder entreißen, und das können sie nur, wenn sie ihr das Mittel nehmen, mit welchem sie die politische Macht zum Teil bereits errungen hat und zum Rest erringen will, das allgemeine Stimmrecht. ... Nur durch Beseitigung des allgemeinen Stimmrechts, durch Zurückschraubung der Macht der Lohnarbeiterklasse bei den Reichstagswahlen auf ein vernünftiges Maß, läßt sich das politische Gleichgewicht zwischen Lohnarbeitern und Arbeitgebern wieder herstellen, welches zur gedeihlichen Aufrechterhaltung der gewerblichen Produktion und damit zur Weiterentwicklung unseres Volkes unbedingt nötig ist.“ Herr Mend ließ dann noch den „Liberalen“ den Text, weil sie das Reichstagswahlrecht nicht antasten lassen wollen, obgleich es „nicht weniger als liberal ist und sich mit dem Grundsatz „gleiches Recht für alle“ in Wahrheit nicht verträgt“. Das „Wohl des Vaterlandes“ erfordere die Beseitigung des jetzigen Reichstagswahlrechts. — Es ist zweifellos, daß Herr Mend, das entsetzliche der National-liberalen, nur offen ausspricht, was seine Schatzkammerkollegen im Geheimen denken, ohne jedoch den Mut zu haben, ihre wahre Gesinnung in dieser Hinsicht zu offenbaren. Wenn aber die Mend u. Kompagnie in der Tat ernstlich glauben sollten, auf dem Wege des Reichstagswahlrechts zu ihrem Ziele, der Unterjochung der Arbeiterbewegung, gelangen zu können, dann sind sie reichlich naiv. Sie bekunden damit zugleich, daß ihnen jegliches Verständnis der politischen und sozialen Strömungen der Gegenwart abgeht.

Wo die wahren Terroristen sitzen, erfährt man wieder einmal aus einer Gerichtsverhandlung, die sich am Sonnabend vor der Strafkammer in Göttingen abspielte. Kurz vor der letzten Reichstagswahl ging in dem im Wahlkreise Göttingen belegenen Dorfe Besterode (Kreis Duderstadt) das eifrig propagierte Gerücht um, daß der Gastwirt Wille, der Mitglied des Arbeitervereins war und in dessen Räumen dieser Verein sein Vereinslokal hatte, Sozialdemokrat sei und wahrlich auch dementsprechend wählen werde. Der Dienstknecht Hercher ging sogar so weit, zu behaupten, Wille habe sozialdemokratische Stimmzettel verteilt und auch ihn (Hercher) einen solchen ausgehändigt. Die Folge war, wie Wille in der Gerichtsverhandlung unter Eid ansagte, daß man ihn trotz aller Versicherungen seiner patriotischen Gesinnung, die auch vom evangelischen Pastor unterstützt wurden, aus dem Arbeiterverein ausstieß und das Vereinslokal nach dem Gastwirt Holte, dem Dienstherrn Herchers, verlegte. Seit jener Zeit, da er unter dem Verdacht stand, Sozialdemokrat zu sein, habe man ihn in Besterode geradezu wie einen gemeinen Verbrecher behandelt. Niemand habe mehr bei ihm verkehrt, so daß er sich schließlich wirtschaftlich ruiniert worden sei. Er habe sein Haus zu einem Scheubehälter verkauft und mit Frau und fünf Kindern nach Linden (bei Hannover) ziehen müssen, wo er jetzt als Brauerarbeiter in Stellung sei. Der Angeklagte Hercher gab die Beiduldigung zu, jenes Gerücht ausgebreitet zu haben, und erklärte auf Befragen, daß er von Wille überhaupt keinen Stimmzettel, insbesondere keinen sozialdemokratischen, erhalten habe. Daß ihn sein Dienstherr Holte zu jener Behauptung verleitet, bestritt Hercher ebenso wie Holte ganz entschieden. Das Urteil lautete gegen Hercher unter Verlesung mildernder Umstände wegen verleumdender Beleidigung auf drei Monate Gefängnis, Holte wurde wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

Die Handelsvertragsunterhandlungen Oesterreich-Ungarns sind Montag in Berlin eingetroffen und dem Reichstagskammer vorgelegt worden. Nachmittags schon begannen sie mit ihren deutschen Kollegen das „Handeln“. Die erste Sitzung fand unter Vorsitz des Staatssekretärs des Auswärtigen, Freiherrn von Nischthosen, statt im Beisein des österreichisch-ungarischen Botschafters Szygony.

Die Laus im Pelz. Gegen die Sechshundertung von Arbeitern, wie sie jüngst Pastor v. Bobelschwingh in seiner berühmten Kasakrede im Abgeordnetenhaus empfahl, spricht sich sein Parteigenosse Fehr. von der Rede in Laus im Pelz. Die erste Sitzung fand unter Vorsitz des Staatssekretärs des Auswärtigen, Freiherrn von Nischthosen, statt im Beisein des österreichisch-ungarischen Botschafters Szygony.

Geldere Finanzkraft. Einer, der etwas davon weiß, spricht der „A. M. B.“: Der Kaiser laßt alljährlich eine Anzahl Beamte und Offiziere zu den von der Hamburg-

Amerikaner veranstalteten Mittelmeerfahrten ein, indem er an die Betreffenden die von der Direktion erhaltenen Billette verschenkt. An Bord ist alles, bis auf die Ummantelungen herab, frei. Das hat aber neuerdings einen der Geladenen nicht verhindert, für die Vergütungsbefreiung seine Ausgaben zu berechnen. Er erklärte sie nämlich für eine Dienstreise und stellte eine Speiseabrechnung auf, die sich auf circa 40 Mark belaufen soll. Da er ein einflußreicher Mann ist, sind die ihm untergebenen Beamten sofort seinem guten Beispiel gefolgt, und so ist dem Staat ein recht nettes Einkommen ab „laudiert“ worden. Wer sich für die Persönlichkeit interessiert, welche in so anschaulicher Weise gezeigt hat, wie man die öffentlichen Finanzen sanfter, dem erzieht sicherlich mit Vergnügen Auskauf der preussische Finanzminister Freiherr v. Heineken.

Speich wird schlecht behandelt. Das „New York Journal“ bringt folgende Meldung aus Washington: „Der deutsche Botschafter Freiherr Spod von Sternburg ließ sich, so berichtet das Blatt, dieser Tage dem Kriegsssekretär Tait melden, als dieser gerade eine Konferenz mit dem Admiral Walker hatte. Kriegsssekretär Tait ließ jedoch den deutschen Botschafter längere Zeit im Vorzimmer warten, und als er ihn schließlich empfing, besprach er den Gegenstand des Besuchs des Botschafters mit diesem nicht nur in Gegenwart des Admirals Walker, sondern auch in Gegenwart mehrerer Journalisten, die nicht ersucht wurden, sich inzwischen zurückzuziehen. Der Washingtoner Korrespondent des „New York Journal“ fügt hinzu, diese ungewöhnliche Behandlung des diplomatischen Vertreters des Deutschen Kaisers werde viel besprochen.“ — Die bürgerlichen Blätter drohen eine große Entrüstung an, falls das Yankee-Blatt nicht gelogen haben sollte. Da nach der Darstellung des Flottenvereins die deutsche Flotte gegenwärtig so minderwertig ist, daß man sie lieber verkaufen sollte, dürfte es zu einem Seekrieg mit Amerika vorerst kaum kommen.

Gandkuff. Herr Wasser mann hat an den Führer der Konservativen in Frankfurt a. O. folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr! Es drängt mich, den konservativen Parteien meinen verbindlichsten Dank für die tatkräftige Unterstützung im Wahlkampfe auszusprechen. Die Einigkeit der bürgerlichen Parteien hat der Sozialdemokratie den Kreis entrissen. Seien Sie überzeugt, daß ich meine Kraft einsetze werde für die Interessen unseres Vaterlandes, meines Volkes und des Wahlkreises. Mit vorzüglicher Hochachtung Wasser mann, Mitglied des Reichstags.“ — Für die national-liberale Partei, die nur von Gnaden der Reaktion lebt, ist solche Untertänigkeit gegenüber den Junkern und Wahlrechtsfeinden durchaus angemessen.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Badens hielten am Sonntag in Karlsruhe eine Konferenz, die zweite ihrer Art, ab. Vertreten waren vierzig Orte mit 130 Delegierten. Der Vorsitzende der Konferenz konnte feststellen, daß nach einer vom Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in Baden aufgestellten Liste gewählt sind in der ersten Klasse 18, in der zweiten Klasse 90 und in der dritten Klasse 776 Bürger aus 319 Gemeindegliedern. Dazu kommen noch 28 Gemeindeglieder bzw. Stadträte und drei Bürgermeister. Gegenstand der Beratung der Konferenz bildete die Frage der Reform der Gemeinde- und Städteordnung Badens. Der Referent Genosse Stadtrat Dreesebach bezeugte die bauliche Gemeinde- und Städteordnung als eine alte verrostete Maschine, die zum alten Eisen geworfen gehören. Vor allem sei die Stellung des Bürgerausschusses eine in jedem Falle unzulängliche; ohne Zustimmung des Stadtrates könne der Bürgerausschuß weder zusammentreten, noch irgend welche Ausgaben machen. Dazu komme, daß durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Stadträte die Mitwirkung der Besitzlosen in diesen Städten so viel wie unmöglich mache. Das Wahlrecht zur Gemeinde sei auf der Grundlage des Besitzes aufgebaut, wodurch diesem von vornherein die Mehrheit in der Gemeindevertretung gesichert sei. Von welcher Seite man die Gemeinde- und Städteordnung auch beschauten möge, eine durchgreifende Reform erweise sich als dringend notwendig. Alle dahingehenden Bestrebungen müßten mit Entschiedenheit gefördert und unterstützt werden. Vor allem sollte aus den Gemeindevertretungen selbst heraus dahingehend gewirkt werden. Der Referent besprach sodann ausführlich das sozialdemokratische Gemeindegewahlprogramm, dessen einzelne Forderungen er mit großer Sachkenntnis begründete. Zum Schluß seiner Ausführungen beantragte Redner, daß in allen Gemeinden eine Registratur über die von unteren Vertretern eingebrachten Anträge angelegt wird. Vielleicht daß in Balde eine Zentrale geschaffen werden könne, welche alle diese Anträge sammelt und so eine klare Uebersicht über die Tätigkeit unserer Vertreter möglich ist. In der Diskussion wurde insbesondere die Schulfrage einer eingehenden Besprechung unterzogen. Ein Antrag, der die sozialdemokratischen Bürgerausschussmitglieder verpflichtet, in einer der nächsten Sitzungen den Gemeinden- und Städteordnung petitionieren, fand einstimmige Annahme. Im übrigen wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß auf der nächsten Konferenz einzelne wichtige Fragen speziell der Erörterung unterzogen werden sollen.

Militärjustiz. Wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten unter Mißbrauch der Waffe wurde seinerzeit ein Missetater vom Infanterieregiment Nr. 17 in Böhmen seitens des Kriegsgerichts der 33. Division zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Nunmehr hatte sich das Oberkriegsgericht in Reg mit dieser Angelegenheit in der Berufungsinanz zu beschäftigen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie das öffentlich verkündete Urteil besagte, wurde die Berufung verworfen. Der Berufte, welcher einen Unteroffizier mit dem Seitengewehr erschlagen hatte, nahm die Strafe sofort an unter Verzicht auf Einlegung weiterer Rechtsmittel. (6 Jahre Gefängnis sind nach den braunischen Satzungen des Militär-Strafgesetzbuchs das niedrigste Strafmaß für derartige Ausschreitungen.) Nach Verbüßung seiner Strafe wird der Berufte auch noch den Rest seiner Dienstpflicht ableisten müssen. — Mit diesem furchtbaren Urteil vergleiche man die gelinderen Strafen, welche über notorische Soldatenstrolche verhängt werden!

Wom Kriegsschiffen in Südwestafrika. Die Heliographenstation Okowakantjimi wurde am 28. Mai früh von einer Hererohande an-



**Gerichts mitgeteilt**, woraus sich nach dem „Hamb. Echo“ ergab, daß die beiden Arbeitgeberbesitzer (Sieverts und Blindmann, die bekanntlich dem ersten Debut des Lübecker Ordnungsbreies beiwohnten) gegen den Vorschlag des paritätischen Arbeitsnachweises votiert haben. Als dies bekannt gegeben war, ersuchte Direktor Strauß namens der Arbeitgeber, es möge offiziell in der Presse bekannt gegeben werden, daß die Einigung an dem Widerstande beider Parteien gescheitert sei. Hiergegen ward von Seiten der Arbeitnehmer ganz energisch protestiert, da die Arbeiter für den paritätischen Arbeitsnachweis eingetreten seien. Inzwischen erschien wir aus dem „Freundenblatt“, daß dem Ersuchen der Arbeitgebervertreter trotz des Widerspruches der Arbeitnehmer entsprochen worden ist. Dort heißt es nämlich, daß die Einigungsvorschläge von beiden Seiten abgelehnt worden seien. Kann es eine größere Gemeinheit geben, als die, in der Sitzung alles abzuwehren und sich dann nachher öffentlich als die Friedfertigkeit selbst hinzustellen? — Einen Zurückzieher zu Gunsten der Brauereien haben die Wirte unternommen. In einer gestern abgehaltenen Versammlung derselben wurde der kürzlich gefasste Beschluß, entweder ringfreies oder gar kein Bier zu schenken, mit 932 gegen 576 Stimmen aufgehoben. Dagegen fand folgende Resolution Annahme: Die Versammlung erklärt, sich in der Bierboiktfrage vollständig neutral zu verhalten und überläßt es jedem Einzelnen, der durch den Bierboikt in Mitleidenhaft gezogen ist, nach Lage seines Betriebes dasjenige Bier zu führen, das ihm ohne Schädigung zur Aufrechterhaltung seines Betriebes erforderlich erscheint. Ferner werden die einzelnen Gastwirtevereine beauftragt, Bezugsquellen für ringfreies Bier für diejenigen Kollegen zu ermitteln und anzuschaffen, die ringfreies Bier führen müssen. Ein Fonds zur Anschaffung von ringfreiem Bier wird den einzelnen Gastwirten zur Verfügung gestellt, um ringfreies Bier schon beim Empfang per Kassa bezahlen zu können. — Schwindel in der ärgsten Form ist seitens der vom Bremer Gewerkschaftskartell boykottierten Bremer St. Pauli-Brauerei betrieben worden. Dieselbe hat nämlich, wie wir unserem Bremer Parteiorgan entnehmen, nicht nur direkt Bier nach Hamburg geliefert, sondern sie füllte auch leere Fässer der Elmshorner Exportbrauerei mit ihrem Produkt und brachte es somit auf dem Wege als boikottfrei nach Hamburg! Die nötigen Schritte sind aber bereits eingeleitet, um diese Bierquelle zu versiegen und den unfauberen Manipulationen der Bremer St. Pauli-Brauerei einen Riegel vorzuziehen.

**Sauber Gebrüder und Roschl u. Co. ihre Arbeiter ausgesperrt!** Die Scharfmacher haben nun eiligst den Schwindel in die Welt hinausstelegraphieren lassen, die Kohlenarbeiter seien in einen „Streik“ eingetreten, um die Spar- und Unterstufungskassen der Kohlenimporteure zu bekämpfen, die diese ins Leben gerufen haben, um den Arbeitern in Notfällen Unterstützungen zu gewähren und die Arbeitgeber gegen den Kontraktbruch der Arbeiter zu schützen. Durch diese Schwindel-Nachricht soll der Glaube erweckt werden, als handele es sich um eine mit dem Gelde der Unternehmer eingerichtete Kasse, die den Arbeitern Wohltaten spendet und zugleich die Arbeitgeber bei Kontraktbruch schadlos halten soll und die nun seitens der Arbeiter durch einen Streik bekämpft wird. Gegenüber diesem auch in die Lübecker bürgerliche Presse hineinlangierten Scharfmacherischwindel sei auf obige Tatsachen verwiesen. Der Zweck des Schwindels ist klar. Die Unternehmer lassen von ihren Schmach die von ihnen injizierte Aussperrung zu einem Streik umlügen, damit sie sich mittels dieser Lüge und der Streiklaufel in den Lieferungsverträgen um die Erfüllung ihrer Vertragspflichten herumdrücken können. Dieses Verfahren sei hiermit gebührend festgenommen. — Von der Aussperrung betroffen sind 311 Arbeiter, die in dieser Spar- und Unterstufungskasse insgesamt 36 459,50 Mk. stehen hatten. Nicht beteiligt sind die Firmen S. W. Heidmann, Dahms und Ahberg mit etwa 132 Mann. Da seitens der Arbeitgeber der Versuch gemacht wird, von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen, so sei hiermit vor Bezug von Gasarbeitern nach Hamburg gewarnt.

**Kiel.** Ein netter Vorgesetzter. Wegen Anstiftung Untergebener zu gefährlicher Körperverletzung und wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt verurteilt, wie bereits mitgeteilt, das hiesige Kriegsgericht der ersten Marine-Inspektion den Kapitänleutnant Breithaupt zu fünf Jahren Gefängnis. Breithaupt hatte beim Appell seinen Untergebenen gesagt, sie sollten jene Kameraden, die in letzter Zeit wegen Urlaubsüberschreitungen bestraft worden sind, so verhalten, daß ihnen die Schwarte knade. Hierdurch ermutigt, überfielen eines Abends sieben Matrosen, darunter der Obermatrose Samland und der Matrose Richau, einen anderen Matrosen und mißhandelten ihn schwer. Die beiden genannten Matrosen wurden in der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefundenen Sitzung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. — Es muß eigentlich recht schämen mit der Militärjustiz bestellt sein, daß sie fast bei jeder Gelegenheit die ohnehin reichlich beschränkte Öffentlichkeit ausschließt.

**Knechtsteden i. S.** Das Schicksal eines fünfjährigen Schiffsjungen. Freitagvormittag 11 Uhr wurde ein Schiffsjunge in Haft genommen, weil er im Verdacht stand, Donnerstagnacht einige neue Segel an dem schwedischen Schiff „Bettor“ aus Karlshamn zerschneiden zu haben. Wie er erzählte, hat er auf diesem Schiff in Lübeck, wohin er gehört, angemustert. Auf der Reise nach hier hat man ihn wegen eines kleinen Bergehens ein Lau um den Leib gebunden,

ihn an dem Mast in die Höhe gezogen und da eine halbe Stunde baumeln lassen. Mittwochabend wurde er nun wieder in Zengengegenwart tüchtig durchgeprügelt, weil er 3 Mk. für die Fahrt von Lübeck nach hier verlangte. Donnerstagnachmittag hat er dann das Schiff verlassen. Gänzlich mittellos und ohne Nahrung wandte er sich mehrmals an die hiesige Polizeibehörde und einmal an den schwedischen Konsul, aber vergebens. Darauf telephonierte man nochmals an den Konsul, was zu machen sei, der junge Mensch könne sich vor Hunger nicht helfen. Die Antwort lautete, man solle ihm ein Butterbrot und ein Glas Bier geben und dann laufen lassen. Nachdem der Hunger des Jungen etwas gestillt war, nahm ein hiesiger Arbeiter ihn mit nach Hause und gab ihm Mittagessen. Nachdem er dann nachmittags wieder am Hafen gewesen, ging er mit demselben Arbeiter um 6 1/2 Uhr in dessen Wohnung, wo er dann um 8 Uhr schlafen ging und die ganze Nacht bis Freitagmorgen 9 Uhr geschlafen hat. Gleich darauf wurde er von einem Polizeibeamten auf das Polizeibureau zur Vernehmung geholt. Auch der Arbeiter mußte hin. Obgleich dieser die obige Aussage machte, wurde der junge Mensch doch verhaftet. Nach den Mitteilungen des Arbeiters kann wohl kaum der Schiffsjunge der Täter sein. — Sollten sich diese Mitteilungen, die wir unserem Kieler Parteiorgan entnehmen, bestätigen, dann muß gegen die Peiniger des jungen Menschen ganz energisch vorgegangen werden.

**Letzte Nachrichten.**

**Hannover.** Ein blutiger Zusammenstoß hat sich Dienstagmorgen zwischen Schulreuten und vier Reserve-Offizieren aus Berlin zugegetragen. Vier Offiziere außer Dienst kamen gegen Morgen höchst angeregt aus einem Weinrestaurant auf die Straße. Ein Schulmann gebot Ruhe. Es kam zu Tätlichkeiten; in deren Verlauf zog der Schulmann seinen Säbel und versetzte dem Leutnant v. Bodenhausen einen Stieb über den Kopf. Bei dem Baron wurde ein komplizierter Schädelbruch und eine schwere Armverletzung festgestellt. Zwei andere Offiziere ließen sich ihre Wunden auf der Sanitäts-wache im Bahnhofsgebäude verbinden.

**Oberhausen.** Der Absender des Wertpapiers, bei dessen Abstempelung am 28. Mai hier eine Explosion erfolgte, wodurch ein Postbeamter verletzt wurde, ist verhaftet. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

**Newport.** Der Bürgermeister Baltimores, MacLane, erlitt sich Montag in seinem eigenen Hause, nachdem er erst 14 Tage verheiratet war. Enorme Verluste bei dem großen Stadtbrande sollen die Ursache des Selbstmordes sein.

**Stiersehens-Viehmarkt.** Hamburg, 31. Mai.  
Der Schweinehandel verlief gut. Zugesührt wurden 2950 Stück. Preis: Sengschweine — 47—48 Mk., Verlanbschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 48—49 Mk., Sauen — 47—48 Mk. und Ferkel — 47—48 Mk. pro 100 Pfund.

**Sarg-Magazin**  
Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**  
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 118a.

**Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.**  
Stats Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.  
Eiserne Grabkreuze.  
Uebersführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.**  
**Maifeier.** Donnerstag abend 8 1/2 Uhr.  
**Lois zu vermiet.** Hüdestraße 94.  
Zum Juli die abgeschlossene erste Etage, 3 Zimmer und Zubehör. Preisstraße 5.  
Daneben ein kleines Zimmer.  
Eine Parterre-Wohnung zum 1. Juli zu vermieten, 150 Mk. Preisstraße 15, II.  
**Ein freundl. möbliertes Zimmer zu vermieten.** Preisstraße 5, II.  
Ein möbliertes Zimmer zu vermieten. Preisstraße 15, II.  
Daneben eine Gartenhaus zu vermieten.  
**Junger Mädchen kann das Platten erlernen.** Preisstraße 9.  
**Ein tüchtiger Schuhmacher gesucht.** Preisstraße 33.  
**Zwei gute Schulstühle billig zu verkaufen.** Fick, Preisstraße 19, II.  
**Junge Eulen, Bienen u. Beking.** hat zu verkaufen. Salzer, Preisstraße 50.  
**Ein neues Fahrrad mit Freilauf u. Hinterradbremse billig zu verkaufen.** Friedr. Nicolai, Preisstraße 44.  
**Ein moderner Kinderwagen zu verkaufen.** Preisstraße 26, III.  
**Ein Kinderwagen zu verkaufen.** Preisstraße 10a.  
**Callender ein schwarzer Kater auf dem Namen „Pier“ gesucht.** Preisstraße 87.

**Betriebs-Eröffnung.**  
Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meine in der Falkenstraße beim Sargtor (Waffenkammer) neuerbaute  
**I. Granit- und Marmor-Sägerei und Schleiferei mit Dampftrieb und Sandstrahlgebläse**  
eröffnet habe.  
Ausführung von Bauarbeiten in rohen und polierten Graniten in Marmor und Sandstein.  
Fabrik und Kontor: Fernruf 875.  
Reichhaltiges Lager von fertigen Denkmälern aller Art Israelsdorfer Allee 21. Fernruf 972.  
Zudem ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen, ichere ich einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgebung neben reeller und prompter Ausführung der mir übertragenen Aufträge bei billiger Preisnotierung auch die aufmerksamste Bedienung zu.  
Respektvoll  
**Hans Töbeck.**

**Doppelt gefohtes Fußboden-Dei per Pfd. 60 Pfg.**  
**Prima Fußbodenlad-Dei per Pfd. 80 Pfg.**  
Seine Fußboden-Dei trocken in einer Nacht mit heißem Oel abzuheben.  
**John Becker, Dorchester 29.**  
Jeden Montag und Donnerstag:  
**Eimerbier.**  
**F. Ploen Ww., Schmir. 33.**  
Bodenrammel, Eisen, Metall u. Sumpen  
auf 3 Tage. Preisstraße 97.  
**K. Kleinfeld Preisstraße 97.**  
**Vereinsgruppen** liefert zu billigen Preisen  
Wischer „Adele“, Fuß- u. Hand-Reiniger, Preisstraße 53 (Haus Preisstraße).

**Billige gute Möbel für unsere Arbeiterkundschaft**  
Wegen Räumung unseres Lagerzimmers vor Ende Juni:  
Plüschsofa 40 M., Vertikow 28 M.,  
Sofatische 8. Küchenschränke 9 M.,  
Kleiderschränke, gross, 22 M.  
alles andere ebenso billig.  
**Gebr. Senff**  
Klingenberg  
**Vorzügliche Esskartoffeln**  
Fäß nur 40 Pfg.  
Karpfenstraße 26.  
NE. 5 Stück 7. Hochheringe für 20 Pf.

**Großer Möbel-Ausverkauf!**  
Wegen Vergrößerung meiner Geschäftsräume und Umbau meiner Werkstätten muß ich mein großes Lager von nur dauerh. und reell gearb. Möbeln auf kurze Zeit einschränken und stehen, um schnell zu räumen, billig zum Verkauf. Mache hierauf Brautl. und Möbelkäufer besond. aufmerksam. Teilzahl. gerne gestattet.  
**H. Mohr**  
Möbel-Ausstattungs-Geschäft  
Engelsgrube 53, Schwöbenengrabenstr. 1.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.**  
Gegr. 1894.  
**Verammlung**  
am Donnerstag den 2. Juni  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53  
Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gemacht.  
Der Vorstand  
**Achtung!**  
**Zimmerer**  
**Verbands-Versammlung**  
am Donnerstag den 2. Juni  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53  
Tages-Ordnung:  
II. a.: Bericht vom Gefellen-schuh über den Bahnhofsban.  
Der Vorstand.



